

Das Praxisassistenten-Programm ist ein Erfolg

Schweizweit grösstes Assistenzprogramm zur Förderung des Hausarztberufes sollte Schule machen.

BERN – Das Programm «Praxisassistenten» zur Förderung der Hausarztmedizin ist erfolgreich: Acht von zehn Teilnehmern praktizieren bereits als Hausärzte oder wollen dies künftig tun. Dies zeigen die Rück-



ARZTEGESELLSCHAFT
DES KANTONS BERN
SOCIÉTÉ DES MÉDECINS
DU CANTON DE BERNE

meldungen von 151 der insgesamt 165 Ärzte, die das Programm absolviert haben. Eine Analyse der vergangenen zehn Jahre bestätigt diese sehr erfreuliche Entwicklung und

Attraktivitätssteigerung des Hausarztberufes. Der Kanton Bern hat das Programm «Praxisassistenten» im Jahr 2008 lanciert und finanziert aktuell 35 mehrmonatige Praxisassistenten pro Jahr mit. Das Praxisassistentenprogramm (PA-Programm) macht junge Ärzte in der Weiterbildung zum Hausarzt- beziehungsweise Kinderarztberuf mit der Praxistätigkeit vertraut. Es bereitet sie spezifisch für die Arbeit in einer Arztpraxis vor. Der Kanton Bern hat das Weiterbildungsprogramm 2008 als Modellversuch gestartet. Bis 2018 konnten jährlich 21 Praxisassistentenstellen vergeben werden; seit 2019 werden 35 Stellen mitfinanziert. Damit ist das Berner Programm schweizweit das grösste Assistenzprogramm zur Förderung des Hausarztberufes.

Hoher Zuspruch

Das Berner Institut für Hausarztmedizin (BIHAM) führt regelmässig Befragungen durch. Erstmals wurden nun die gesamten Resultate der Jahre 2008 bis 2017 ausgewertet. Darin zeigt sich, dass die Attraktivität des Hausarztberufes stark gestie-



gen ist. Waren es 2014 noch 67 Prozent der Teilnehmer des PA-Programms, die sicher oder ziemlich sicher in einer Praxis arbeiten würden, waren es bei der aktuellen Umfrage schon 82 Prozent. Das Programm wurde zu sieben Prozent in der Stadt, zu 30 Prozent in der Agglomeration und zu 63 Prozent auf dem Land durchgeführt. Auf 48 Prozent gestiegen ist auch der Anteil der Einsätze in Gruppenpraxen (2014: 26 Prozent).

Zusammenarbeit mit Ärzten, Universität und Kanton

Die Programmstellen werden über die Stiftung Förderung der Weiterbildung in Hausarztmedizin (WHM) und von der Koordinationsstelle beim BIHAM verwaltet und vermittelt. Der Kanton Bern trägt durch die Unterstützung des PA-Programms massgeblich dazu bei, dass der dringend benötigte hausärztliche Nachwuchs gefördert wird. Die Koordinationsstelle am

BIHAM betreut den Nachwuchs mit einem Mentoring-Programm und achtet auf eine ausgewogene Verteilung der PA-Stellen im Kanton Bern. Sie kann somit auch Einfluss darauf nehmen, wo neue Praxen entstehen oder bestehende übernommen werden können. So beginnt speziell in den ländlichen Regionen, die Nachwuchsförderung in der Hausarztmedizin zu greifen.

Hausarztberuf weiter aufwerten

Da sich die meisten Assistenzärzte für ihr Weiterbildungsziel zum «FMH Allgemeine Innere Medizin» im Verlauf der ersten zwei Jahre entscheiden, hat das BIHAM in Zusammenarbeit mit dem Inselspital das «Berner Curriculum für Allgemeine Innere Medizin» gestartet. Dies ist ein modular aufgebautes Weiterbildungsprogramm, bei dem auch die Hausarztmedizin speziell unterstützt wird. Damit wurde ein zusätzliches umfassendes Angebot geschaffen, das die Attraktivität des Hausarztberufes und auch der Spitalinternisten stärken soll. [DI](#)

Quelle:

Arztesellschaft des Kantons Bern

ANZEIGE

calaject.de

„schmerzarm+komfortabel“

Erleichterter Zugang zu Medizinalcannabis

Direkte ärztliche Verschreibung soll gesetzlich ermöglicht werden.

BERN – Der Bundesrat möchte den Zugang zu Behandlungen auf Grundlage von Medizinalcannabis erleichtern. An seiner Sitzung Ende Juni hat er einen Änderungsentwurf des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) in die Vernehmlassung geschickt. Der Entwurf sieht vor, dass sich Patienten Behandlungen auf Cannabisbasis direkt ärztlich verschreiben lassen können, ohne beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) eine Ausnahmebewilligung einholen zu müssen. Nichts ändert sich hingegen beim nicht-medizinischen Cannabis, der verboten bleibt.

Die Verwendung von Medizinalcannabis hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Tausende von Patienten nutzen ihn beispielsweise bei Krebs oder Multipler Sklerose. Heute müssen diejenigen, die sich mit Cannabis mit einem THC-Gehalt von über einem Prozent behandeln lassen möchten, in den meisten Fällen eine Ausnahmebewilligung beim BAG beantragen. Dieses Verfahren

erschwert den Zugang zur Behandlung, verzögert die Aufnahme der Therapie und ist angesichts der steigenden Anzahl der Gesuche nicht mehr zweckmässig. 2018 hat das BAG rund 3'000 Bewilligungen erteilt.

Die Vorlage ermöglicht Ärzten, Behandlungen auf Cannabisbasis künftig direkt zu verschreiben. Dazu soll im Betäubungsmittelgesetz das Verbot, Medizinalcannabis in Verkehr zu bringen, aufgehoben werden. Der Anbau und die Verarbeitung von Medizinalcannabis sowie der Handel damit werden somit im Rahmen des von Swissmedic sichergestellten Kontrollsystems möglich.

Bei den Behandlungen auf Cannabisbasis, die in der Schweiz verschrieben werden dürfen, handelt es sich entweder um von Swissmedic zugelassene Arzneimittel oder um in der Apotheke zubereitete Magistralpräparate, die in der Regel oral eingenommen werden. [DI](#)

Quelle: BAG

«Gesundheitsmonitor» 2019: Qualität vor Kosten!?

Stimmberichtigte sind mit dem Schweizer Gesundheitswesen nach wie vor zufrieden.

BERN – Die Bilanz zum Schweizer Gesundheitswesen fällt 23 Jahre nach Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) eindeutig aus: 86 Prozent der Befragten haben 2019 einen sehr oder eher positiven Gesamteindruck. Einer der Gründe für die hohe Zufriedenheit trotz der hohen Gesundheitskosten liegt in der wahrgenommenen Qualität des Gesundheitswesens. Dies und Weiteres geht aus dem aktuellen «Gesundheitsmonitor» hervor.

Keine Zweiklassenmedizin

Neben der Qualitätsfokussierung hat auch die Leistungsorientierung für die Befragten oberste Priorität. Was den Leistungskatalog betrifft, so möchte eine deutliche Mehrheit der Schweizer Stimmberichtigten diesen auf dem heutigen Niveau belassen (63 Prozent) oder sogar ausbauen (26 Prozent). Gerade der Wunsch nach einem Ausbau ist im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozentpunkte gestiegen. Kürzungen hingegen sind unerwünscht. Auch die Bereitschaft, individuell auf Leistungen zu verzichten, hat abgenommen. Dies auch dann, wenn damit Kosten gespart werden könnten. Insbesondere die Einschränkung der freien Arztwahl (27 Prozent) und der beschränkte Zugang

Das Wichtigste in Kürze zum Gesundheitsmonitor 2019 © Interpharma

Qualität vor Kosten, sinkende Bereitschaft zu Verzicht



Projektteam
Urs Bieri, Politik- und Medienwissenschaftler
Jonas Philippe Kocher, Politikwissenschaftler
Katrin Wattenhofer, Politikwissenschaftlerin
Laura Salathe, Politikwissenschaftlerin
Daniel Bohn, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

gfs.bern
Menschen, Meinungen, Märkte.

werden. Die Schweizer wollen keine Zweiklassenmedizin beim Zugang zur Innovation.

Neben der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Pharmaindustrie wird von den Befragten insbesondere auch der Wert von Innovation der pharmazeutischen Forschung mehrheitlich anerkannt. 93 Prozent der Schweizer Stimmberichtigten teilen die Meinung, dass die pharmazeutische Forschung einen Beitrag zur Qualität des Schweizer Gesundheitswesens leistet. Der Aussage, dass die Heilung dank der Forschung beschleunigt sowie die Lebensqualität verbessert wird, stimmen 90 Prozent respektive 88 Prozent zu. Die Bevölkerung möchte, dass in Zukunft für die Medikamentenforschung mehr Mittel eingesetzt werden, und insbesondere jüngere Stimmberichtigte wünschen sich signifikant mehr Investitionen in die Forschung.

Die Repräsentativumfrage «Gesundheitsmonitor» wird von Gfs.bern im Auftrag von Interpharma seit 1996 einmal jährlich erstellt. Zwischen dem 4. und 23. März 2019 wurden insgesamt 1'200 Stimmberichtigte aus der ganzen Schweiz befragt. [DI](#)

Autorin:
Cécile Rivière, Interpharma

zu Medikamenten (38 Prozent) werden nicht akzeptiert.

Die Befragten wünschen einen raschen und breiten Zugang zu innovativen Medikamenten und Therapien; gerade in den heute so viel diskutierten Bereichen Krebs und seltene Krankheiten. 93 Prozent der Stimmberichtigten sind der Meinung, dass innovative Medikamente gegen Krebs allen zugänglich gemacht werden sollen, und gleich viele Stimmberichtigte akzeptieren, dass die Behandlungen für seltene Krankheiten über die Grundversicherung vergütet